

Lösung für Pflegegeldproblematik gesucht

Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, haben normalerweise Anspruch auf Pflegegeld. In Liechtenstein gilt dies momentan nur bedingt. Bei Ferien im Ausland wird eine Zahlung momentan ausgesetzt. Der Landtag verlangt nun eine Änderung der Situation.

Von Joël Grandchamp

Vaduz. – Die monatliche finanzielle Hilfe ist für Familien mit einem Pflegefall häufig ein wahrer Segen. Wenn da nicht eine neuere Regelung wäre, welche Ferien im Ausland erschwert. Die Regelung besagt nämlich, dass Tage, welche die Pflegebedürftigen nicht in Liechtenstein verbringen, vom Pflegegeld abgezogen werden. Dies löste bei Betroffenen grossen Unmut aus.

Der Behindertenverband hat sich deshalb in einem Schreiben an die Regierung gewendet, mit dem Vorschlag, 45 Tage im Ausland gestatten zu dürfen, sodass Familien normal in die Ferien fahren, oder Verwandte im Ausland besuchen können.

«Diese Praxis ist wahnsinnig»

«Das kann nicht sein. Ich denke nicht, dass sich das mit dem bestehenden



Klage unzumutbare Umstände an: VU-Landtagsabgeordnete Diana Hilti nahm das Anliegen verlangte eine Neuregelung der Zuweisung von Betreuungsgeldern während eines Ferienaufenthalts.

Bild Daniel Ospelt

Gesetz deckt», nahm Diana Hilti (VU) das Anliegen des Behindertenverbandes auf, welches von der Gemeinde Schellenberg im Rahmen einer Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) angebracht wurde. Das ELG ist

bereits seit 1966 in Kraft. Da es in den letzten Jahren bereits abgeändert wurde, ist das ELG schwer lesbar. Zusätzlich gibt es einige Passagen, welche der Praxis angepasst werden müssen. Aus diesen Gründen ist eine Modernisierung von Teilbereichen des ELG notwendig. In erster Lesung wur-

den deshalb diese Änderungen im Landtag behandelt.

Der Umstand, dass Eltern mit einem Kind, welches Betreuung nötig hat, kaum in die Ferien fahren können, sei unhaltbar. «Die Dauer der Pflege geht über das ganze Leben, da kann es nicht sein, dass man mit Praxisproblemen kämpfen muss, welche reiner Bürokratieaufwand sind», sagte Hilti.

Dieses Problem sahen mehrere Abgeordnete. «Wieso wurde dieses Problem nicht gleich mit der heutigen Revision gelöst?», sagte VU-Fraktionssprecher Peter Hilti und fragte, wann der Landtag mit einer Änderung dieses «offensichtlichen Fehlers» rechnen könne. Dies sah auch Pepo Frick (FL) so. «Das Problem, welches Schellenberg schildert, ist nicht neu. Eine Gruppe Betroffener hat sich bereits an die Regierung gewandt, nur wann reagiert diese?»

«Es muss möglich sein, dass man eine Verbindung mit den gesetzlichen Ferientagen herstellen kann, dass Pflegebedürftige im Rahmen dessen trotzdem anspruchsberechtigt sind», gab der FBP-Landtagsabgeordnete Manfred Batliner eine Möglichkeit, die Problematik zu entschärfen.

Lösung wird angestrebt

Regierungsrätin Renate Müssner wies die Vorwürfe, die Regierung würde

dieses Problem nicht ernst genug nehmen, ab. «Es hat sich herauskristallisiert, dass es einen Punkt gibt, der nicht geregelt wurde. Dabei geht es um die Ferienentschädigung oder eben Nichtentschädigung», sagte Müssner.

Es handle sich aber um eine sehr komplexe Materie, welche auch das EWR-Koordinierungsrecht betreffe. Die Regierung habe sich bereits mit dem Behindertenverband zusammengesetzt, um eine mögliche Lösung im Sinne aller zu finden. Bezüglich der Schwierigkeiten mit dem administrativen Aufwand liesse sich jedoch nicht viel ändern. Man versuche, Hilfestellung zu geben, aber es müsse einen gewissen Aufwand geben. «Der Staat zahlt etliche Gelder in das Pflegegeld, da muss es auch eine Kontrolle geben können», sagte Müssner. Dies ziehe Arbeit nach sich und sei im Einzelfall nicht unbedingt angenehm, aber gewisse Nachweise müssten erbracht werden.

Weitere Fragen beschäftigten sich mit den finanziellen und personellen Auswirkungen allfälliger Änderungen des ELG sowie, ob sich die Abstimmung um die Vorlage des Krankenversicherungsgesetzes auf diese Gesetzesänderung weiter auswirken würde. Auf diese Fragen gab es vorläufig noch keine Antwort der Regierung.